

KDFB – INFORMATIONEN 1/2009



Dokumentation

Spätabtreibung

- 2** **Stellungnahme des KDFB zu Konfliktsituationen in der Schwangerschaft**

Wahlaufrufe

- 3** **Frauen wählen!**

Aufruf des KDFB-Bundesausschuss zu den bevorstehenden Wahlen

- 4** **Die Freiheit nehm' ich mir!**

Aufruf des Deutschen Frauenrates für das Wahljahr 2009

Fastenaktion: Klimaschutz

- 5** **Die eigenen Gewohnheiten auf den Prüfstand stellen**

KNA-Interview mit Misereor-Bischof Thissen über Klimawandel und Hungerkatastrophen

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Katholischer Deutscher Frauenbund
- Bundesgeschäftsstelle -
Kaesenstraße 18 - 50677 Köln
Telefon: (0221) 86092-0
Fax: (0221) 86092-79
Email: bundesverband(at)frauenbund.de
Internet: www.frauenbund.de

Redaktion:

Gabriele Klöckner
gabriele.kloeckner(at)t-online.de

Spätabtreibung

Stellungnahme des KDFB zu Konfliktsituationen in der Schwangerschaft

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 16.03.2009

Der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) begrüßt es außerordentlich, dass eine gesetzliche Regelung zur Verbesserung der Praxis bei sogenannten Spätabtreibungen angestrebt wird. Der KDFB hatte in den letzten Jahren immer wieder eingefordert, dass gesetzliche Änderungen vorgenommen werden, um den bisherigen unhaltbaren Zustand zu verbessern.

Der KDFB hält es für unabdingbar, dass gesetzliche Veränderungen vorgenommen werden. Vorschläge, die nur auf untergesetzliche Änderungen - beispielsweise über ärztliche Richtlinien - abzielen, erachtet der KDFB nicht für ausreichend. Der KDFB sieht die Verortung von Verbesserungsvorschlägen im Schwangerschaftskonfliktgesetz für zielführend an und unterstützt daher die Gesetzentwürfe, die auf eine Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes abzielen.

Der KDFB sieht Regelungsbedarf zur Verbesserung der Praxis bei Spätabbrüchen in der Schwangerschaft, insbesondere bezüglich folgender Punkte:

Einführung einer Bedenkzeit von mindestens drei Tagen vor der schriftlichen Festsetzung der medizinischen Indikation

Eine Frist von mindestens drei Tagen Bedenkzeit zwischen ärztlicher Diagnose und Feststellung der medizinischen Indikation muss verpflichtend geregelt werden – sofern das Leben der Schwangeren nicht erheblich gefährdet ist. Schließlich kommt der Befund über eine kindliche Schädigung für die meisten Eltern völlig unerwartet. Mutter und Vater haben sich auf ein gesundes Kind gefreut und müssen nun unerwartet in einer Schocksituation und existentiellen Krise innerhalb kürzester Zeit eine unumkehrbare Entscheidung fällen, ob sie die Schwangerschaft fortsetzen oder einen Abbruch vornehmen lassen möchten. Eine solch schwerwiegende Entscheidung erfordert einen längeren Zeitraum, in dem sich die Eltern mit ihrer Situation und den Konsequenzen ihrer Handlungsoptionen auseinandersetzen können. Dieser Zeitraum ist auch notwendig, damit Eltern, wenn sie es wünschen, eine unabhängige Beratung in Anspruch nehmen können, bevor eine medizinische Indikation gestellt wird.

Verbesserung der ärztlichen Beratung sowie Hinweis- und Vermittlungspflicht auf psychosoziale Beratungsstellen

Vor und nach der Durchführung pränataldiagnostischer Maßnahmen muss die Schwangere durch den Arzt/die Ärztin umfassend beraten werden. Diese Beratung muss neben den medizinischen Aspekten unbedingt auch die psychosozialen Aspekte der vorgenommenen Untersuchung und möglicher Folgen eines positiven Befundes ansprechen. Empirische Untersuchungen haben ausgewiesen, dass Mütter und Väter in diesen Krisensituationen eine psychosoziale Beratung durch eine unabhängige Beratungsstelle auch retrospektiv sehr positiv bewerten.

Der KDFB fordert daher, dass im Schwangerschaftskonfliktgesetz verbindlich festgelegt wird, dass der Arzt/die Ärztin, die die Maßnahme der Pränataldiagnostik durchgeführt hat, auf weitere und vertiefende psychosoziale Beratungsmöglichkeiten durch unabhängige Beratungsstellen nach § 2 hinweisen und dorthin auch vermitteln muss.

Der KDFB spricht sich dafür aus, dass - flankierend zum Schwangerschaftskonfliktgesetz - auch die Beratung vor pränataler Diagnostik an anderer Stelle umfassend gesetzlich geregelt wird.

Neben den gesetzlichen Regelungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen bei pränataler Diagnostik müssen die Unterstützungsangebote für Familien mit behinderten Kindern weiter ausgebaut werden.

Köln, 6. März 2009

Wahlaufrufe

Frauen wählen!

Aufruf des KDFB-Bundesausschusses zu den bevorstehenden Europa-, Kommunal-, Landes- und Bundestagswahlen 2009

Der Bundesausschuss fordert alle Frauenbundsfrauen auf, sich an den bevorstehenden Wahlen zu beteiligen und so die Zukunft Deutschlands und Europas aktiv mit zu gestalten.

Seit über 100 Jahren reagiert der Katholische Deutsche Frauenbund auf aktuelle Herausforderungen der Zeit. Unsere Gründerinnen setzten sich in beeindruckender Weise für die Mitgestaltung von Gesellschaft, Politik und Kirche ein. Unermüdlich motivierten sie Frauen, ihre Interessen öffentlich zu formulieren und sich überall dort einzumischen, wo es um Chancengleichheit und Benachteiligung ging. Der KDFB hat Frauen immer schon ermutigt, das aktive, aber auch das passive, Wahlrecht zu nutzen, um sich für politische Wahlämter zur Verfügung zu stellen. Ohne dieses Engagement der damaligen Frauenbewegung hätte es auch das mühsam erkämpfte Frauenwahlrecht nicht gegeben.

Heute, 90 Jahre nach diesem bedeutsamen Ereignis, das durch eine enorme Wahlbeteiligung von Frauen gekennzeichnet war, sind wir im „Super-Wahljahr 2009“ erneut aufgerufen, unsere Stimme abzugeben. Der Frauenbund sieht darin eine demokratische Verpflichtung und fordert jede Frau auf, wählen zu gehen und das politische Geschehen im Sinne von Fraueninteressen aktiv mitzugestalten.

Der Bundesausschuss appelliert deshalb an alle Frauenbundsfrauen:

- Prüfen Sie die Aussagen der Parteien besonders zu den Bereichen, für die der Frauenbund Position bezieht. Gemeint sind Themen wie Entgeltgleichheit für Frauen, höhere Entlohnung im Sozial- und Pflegebereich, Ausweitung der Vätermonate bis hin zu einer partnerschaftlichen Aufteilung der Elternzeit, eigenständige Alterssicherung für Frauen, Bildungschancen

für Mädchen und Frauen, Chancengleichheit im Beruf, Familienförderung, Umweltschutz und Achtung der Menschenwürde.

- Suchen Sie Gespräche mit Kandidatinnen und Kandidaten aller Ebenen, bringen Sie Ihre Meinungen ein und fordern Sie klare Antworten. Teilen Sie ihnen mit, wo Frauen benachteiligt werden und welche Veränderungen hier dringend notwendig sind. Geben Sie sich nicht mit allgemeinen Aussagen zufrieden. Verlangen Sie mehr!
- Gehen Sie wählen, denn Demokratie lebt vom engagierten Handeln, nicht vom Schweigen und Wegschauen. Bedenken Sie, dass Sie mit Ihrer Stimme den Anteil von Frauen in der Politik erhöhen können. Es liegt in Ihrer Hand, ob die Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit kraftvoll und mit Frauensolidarität geschieht.

Der Katholische Deutsche Frauenbund fordert darüber hinaus die Kandidatinnen und Kandidaten für die Europawahl sowie für die Kommunal-, Landes- und Bundestagswahlen auf, sich für frauenspezifische Themen einzusetzen und tragfähige Konzepte für eine nachhaltige Veränderung auf der Grundlage des Grundgesetzes und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes weiterzuentwickeln.

Aufruf des Deutschen Frauenrates für das Wahljahr 2009

Die Freiheit nehm' ich mir!

Anlässlich des Internationalen Frauentages ruft der Deutsche Frauenrat alle Wählerinnen dazu auf, im Superwahljahr 2009 von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen:

Liebe Mitbürgerinnen!

„Eine überganglose Erhebung aus gänzlicher politischer Rechtlosigkeit zu voller staatsbürgerlicher Freiheit,“ so jubelte einst Marie Stritt, führende Stimmrechtlerin in Deutschland. Das war genau vor neunzig Jahren, nachdem das Wahlrecht für Frauen hier endlich eingeführt worden war.

Von dieser Euphorie, wählen zu dürfen, ist heute nichts mehr zu spüren. Im Gegenteil. Vielen ist diese Freiheit so selbstverständlich und dabei so fade geworden, dass sie nicht einmal mehr Gebrauch davon machen.

Das ist ein Armutszeugnis. Denn andererseits geben wir zum Beispiel viel Geld aus für Demokratisierungsversuche kriegs- und krisengeschüttelter Chaosstaaten und Diktaturen überall auf dem Globus. Dazu gehört auch immer der Kampf um allgemeine, freie und geheime Wahlen und die Mobilisierung der WählerInnen. Wir senden BeobachterInnen in alle Winkel der Welt, die die Rechtmäßigkeit von Wahlen mit überwachen sollen. Wir erfahren, welche Mühsal und oft auch Gefahren Wähler und Wählerinnen dort auf sich nehmen, um von ihren neuen Rechten Gebrauch zu machen. Wir argumentieren u. a. damit, dass diese Rechte notwendige Voraussetzung für die Gleichberechtigung und den Schutz von Frauen und Mädchen sind.

Und hier? Da nehmen wir es mit einem Achselzucken hin, dass regelmäßig bei Bundestagswahlen fast ein Viertel der Wahlberechtigten, bei Landtagswahlen rund ein Drittel, bei Kommunalwahlen fast die Hälfte und bei Europawahlen sogar mehr als die Hälfte zu Hause bleiben. Und zwar Männer wie Frauen. Das ist ein Offenbarungseid für die Demokratie.

Wir kennen die Argumente, die von wahlmüden ZeitgenossInnen immer wieder angeführt werden: Dass sich durch Wahlen ohnehin nichts ändert, dass Abgeordnete nur eigene Interessen und die ihrer Partei vertreten aber nicht die ihrer WählerInnen, dass „die Politik“ an sich eine Negativauslese von Personen darstellt. Und das politische Entscheidungen heute überall, vorzugsweise in den Führungsetagen von internationalen Unternehmen und Finanzinstituten, getroffen werden, nur nicht mehr in den Parlamenten oder Regierungen. Das mag im Einzelfall zutreffen, aber so pauschal sind es Totschlagargumente; und sie werden vielen Politikerinnen und Politikern nicht gerecht. Was wäre auch die Alternative? Monarchie? Diktatur? Bisher hat sich kein anderes Regierungsmodell der Demokratie überlegen gezeigt, auch wenn sie oft anstrengend und langwierig, langweilig oder verwirrend scheint.

Demokratie lebt von Beteiligung, nicht nur vom Zuschauen. Vom Mut, laut seine Meinung nicht nur zu sagen, sondern auch die Auseinandersetzung darüber zu führen. Vom gesellschaftlichen (Ver-)Handeln. Diese Mühe aber ist Demokratie vielen nicht wert. Sie wollen, dass alles zu ihrem Vorteil funktioniert, dafür bezahlen sie Steuern. Der große Rest wird delegiert. An „die Politik“, der aber immer weniger zugetraut wird.

Es ist auch eine Freiheit, keine Verantwortung tragen zu müssen. Aber die hat Marie Stritt sicherlich nicht gemeint, als sie vor neunzig Jahren von der neuen, der „vollen staatsbürgerlichen Freiheit“ schwärmte. Lange und hart hatten sie und ihre Mitstreiterinnen für das Wahlrecht gekämpft, als Eintrittskarte in das Reich der Gleichberechtigung. Wir, ihre Nachfahrrinnen haben davon enorm profitiert, haben in fast allen Bereichen des Politischen und Persönlichen Gewinne eingefahren, wiewohl noch manche Rechnung offen geblieben ist.

Als geschichts- und verantwortungsbewusste Demokratinnen rufen wir alle Mitbürgerinnen anlässlich des Internationalen Frauentages daher auf: Setzen Sie Ihre (Wahl-)Stimme ein in diesem Jahr. Gelegenheit haben Sie genug bei fünf Landtagswahlen, einer Reihe von Kommunalwahlen, Volksabstimmungen, bei denen direkte Demokratie praktiziert werden kann, bei der Europawahl am 7. Juni und nicht zuletzt bei der Bundestagswahl am 27. September.

Gehen Sie wählen nach dem Motto: Die Freiheit nehm` ich mir!

*Marlies Brouwers
Vorsitzende des Deutschen Frauenrates
Berlin, 3. März 2009*

Fastenaktion: Klimaschutz

Die eigenen Gewohnheiten auf den Prüfstand stellen

Misereor-Bischof Thissen über Klimawandel und Hungerkatastrophe

Von Sabine Kleyboldt (KNA)

Die verheerenden Folgen des Klimawandels stehen im Mittelpunkt der diesjährigen Misereor-Fastenaktion. Sie steht unter dem Motto „Gottes Schöpfung bewahren, damit alle leben können“. Der Hamburger Erzbischof Werner Thissen, Misereor-Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz, erklärt im Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA), wie der Lebensstil des Nordens mit entscheidet über die Armut im Süden.

KNA: *Herr Erzbischof, was bedeutet für Sie das Motto der diesjährigen Misereor-Fastenaktion?*

Thissen: Gott hat uns seine Schöpfung anvertraut, also müssen wir verantwortlich damit umgehen. Aber die Länder des Nordens tun das zu wenig. Unser Lebensstil ist von Überfluss geprägt, während im Süden Menschen unter den Folgen unserer Lebensführung leiden. Wenn wir die Schöpfung bewahren wollen, müssen wir unser Leben ändern, auch beim Klimaschutz.

KNA: *Worum geht es Ihnen besonders?*

Thissen: Der Norden und die wohlhabenden Schichten in den Staaten des Südens können sich gegen den Klimawandel weit besser schützen als die Armen. Wenn etwa Ernten verdorren oder von den Feldern weggespült werden und Lebensmittelpreise steigen. Das ist ungerecht, davor dürfen wir nicht die Augen verschließen. Wenn zu den ohnehin schwierigen Lebensbedingungen der Armen noch Stürme oder Starkregen oder Dürren oder Überflutungen kommen, geht es ums nackte Überleben.

KNA: *Was hat unsere Ernährung mit dem Hunger im Süden zu tun?*

Thissen: Die Folgen des Klimawandels führen im Süden zu einer Vernachlässigung des ländlichen Raumes und einer Verstädterung. Zugleich bewirkt unser Energiehunger im Norden einen Anstieg des Ölpreises und Knappheit von Energierohstoffen. So werden immer mehr landwirtschaftliche Flächen und Agrarprodukte wie Zuckerrohr, Soja, Palmöl oder Mais zur Herstellung von Biokraftstoffen genutzt. Dadurch steigen wieder die Nahrungsmittelpreise, wiederum mit fatalen Folgen für die Armen. Denken Sie an die Hungerrevolten letztes Jahr auf Haiti: Da sieht man die Zusammenhänge.

KNA: *Was tut Misereor konkret gegen diese Probleme?*

Thissen: Ein wichtiger Punkt für Misereor ist der Einsatz für die Förderung kleinbäuerlicher nachhaltiger Landwirtschaft. Da können Menschen auf relativ kleinen Flächen mit relativ geringen Investitionen krisensicher und zugleich umweltverträglich Lebensmittel produzieren. Für sie bedeutet das Ernährungssicherheit. Natürlich muss es auch Großprojekte wie Deichbauten, Staudämme oder Bewässerungsanlagen geben. Auch da fördert Misereor Projekte zur Landsicherung, etwa in Indonesien.

KNA: *Wie haben Sie vor Ort Probleme und Lösungsansätze erlebt?*

Thissen: Auf den Philippinen zum Beispiel, einem riesigen Inselreich mit langen Küsten und sehr viel Armut, habe ich ein Projekt zur Wiederaufforstung der Mangrovenwälder am Wasser gesehen. Das bedeutet zugleich Küstenschutz, denn dadurch, dass dort am Ufer die Mangroven wachsen, wird die Küste befestigt. Überschwemmungen werden weniger furchtbar. Zugleich sind die Wurzeln der Mangroven im Wasser sozusagen die "Kinderstube der Fische", die dort laichen. Damit sorgt das Projekt auch dafür, dass Menschen etwas zu essen haben. Dass da mit kleinen Schritten große Wirkungen erzielt werden, macht deutlich, wie wichtig die Arbeit von Misereor ist.

KNA: *Wo müssen wir im Norden unsere Gewohnheiten überdenken?*

Thissen: Ich stelle mir selbst die Frage, muss ich tatsächlich jede Strecke mit dem Auto zurücklegen statt mit Fahrrad oder Bus und Bahn? Oder wie kann ich zu Hause Energie sparen? In einem durchschnittlichen Mehrfamilienhaus verbraucht man bei einem ressourcenschonenden Energie-Umgang fast nur halb so viel, als wenn ich einfach gar nicht drauf achte. Oder: Muss ich jeden Tag Fleisch essen, wo ich weiß, dass die Fleischproduktion besonders viel Energie kostet? Gerade die Fastenzeit eignet sich dazu, die eigenen Gewohnheiten auf den Prüfstand zu stellen.

KNA: *Welche Schritte wünschen Sie sich von der Politik?*

Thissen: Wir müssen dafür sorgen, dass der Kohlendioxidausstoß verringert wird. Zum einen bei der Nutzung der erzeugten Energie, vor allem bei der Mobilität. Da ist ein heikles Thema die Atomenergie. Die Urangewinnung ist mit hohem Energieverbrauch verbunden. Auch wenn bei der Energieerzeugung in Atomkraftwerken dann kein weiteres Kohlendioxid entsteht, birgt die Atomenergie doch andere hohe Risiken. Es führt also kein Weg daran vorbei, dass wir unseren Energieverbrauch drastisch senken müssen. Dafür muss die Politik die Rahmenbedingungen vorgeben.

KNA: *Und auf internationaler Ebene?*

Thissen: Da ist der Welthandel ein wichtiger Bereich. Es ist ein Skandal, dass Europa und Nordamerika immer noch die Märkte gegenüber Agrareinfuhren aus den Ländern des Südens abschotten. Dazu kommen die hohen Agrarsubventionen für Exporte aus dem Norden, die die Landwirtschaft in vielen Ländern des Südens kaputt oder zumindest unrentabel machen. Mit den 40 Milliarden Euro im Jahr, mit denen die Europäische Union die Landwirtschaft hier subventioniert, ließen sich viele zukunftsweisende Projekte in den Ländern des Südens verwirklichen.

KNA: *Wie kann jeder Einzelne das Thema aufgreifen?*

Thissen: Familien sollten beim Kochen zum Beispiel auf regionale Produkte zurückgreifen. Muss ich wirklich Obst essen, das 10.000 Kilometer per Schiff und LKW unterwegs war, oder gibt es nicht auch gutes Obst auf dem nächsten Bauernhof oder Wochenmarkt? Auch die Kirchen haben etwa beim Energieverbrauch in ihren Immobilien eine Vorbildfunktion. Misereor hat in seiner relativ kleinen Geschäftsstelle viel getan: Umwelt-Papier im Drucker, weniger Energieverbrauch und jetzt eine Solaranlage auf dem Dach. All das sind kleine, wichtige Schritte auf einem langen Weg.

KNA: *Wie lautet Ihre Prognose für das Spendenergebnis 2009?*

Thissen: Ich wette, dass die Menschen 2009 für Misereor im Kampf gegen Armut und Hunger noch mehr spenden als 2008! Wenn ich verliere, halte ich in einer Schule eine Religionsstunde und stelle die Arbeit von Misereor vor.

KNA: *Ihr Tipp?*

Thissen: Ich werde gewinnen! Denn gerade jetzt, wo es bei uns nicht mehr so aufwärtsgeht mit der Wirtschaft, werden die Leute sensibler für das Leid und die Armut bei den Menschen im Süden.

KNA – 24. Februar 2009